Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatsekretärin beim Bundesminister für Gesundheit

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 / 227-77217
Fax: 030 / 227-76749
e-mail: annette.widmann-mauz@bundestag.de
Internet: www.widmann-mauz.de

PRESSEMITTEILUNG

25.11.2010.

Widmann-Mauz MdB setzt Zeichen am 10. internationalen Tag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“

Die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB zeigt auch in diesem Jahr im Ministerium für Gesundheit in Berlin sowie am Tübinger Bürgerbüro Flagge und unterstützt die Botschaft der internationalen Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes „Frei leben – ohne Gewalt“.
Mit diesem Zeichen unterstreicht Widmann-Mauz MdB ihr Anliegen, Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent zu ächten.
„Jeder Mensch hat das Recht darauf, gewaltfrei zu leben. Frauen und junge Mädchen sind in besonderem Maße von spezifischen Gewaltformen betroffen. Die Fahnenaktion von TERRE DES FEMMES macht sichtbar, was allzu oft im Verborgenen geschieht. Gewalt gegen Frauen muss rund um den Globus und egal in welcher Gesellschaft geächtet werden. Der Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ rückt diese Taten sowie den Einsatz zum Schutz der Frauen in den Fokus der Öffentlichkeit.“, so Widmann-Mauz MdB.
Über dieses wichtige Thema tauschte sich Annette Widmann-Mauz MdB, die auch Landesvorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg ist, vor wenigen Tagen intensiv mit der Bundesgeschäftsführerin Christa Stolle von Terrres des Femmes in der Tübinger aus Bundesgeschäftsstelle aus. Im Vordergrund stand u.a. die grausame Praxis der Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen.
Die Abgeordnete machte in diesem Zusammenhang zudem auf die breit gefächerten Bemühungen in Bund, Land und Gesellschaft zum Schutz von

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatsekretärin beim Bundesminister für Gesundheit

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 / 227-77217
Fax: 030 / 227-76749
e-mail: annette.widmann-mauz@bundestag.de
Internet: www.widmann-mauz.de

25.11.2010.

PRESSEMITTEILUNG

Frauen aufmerksam. Sie verwies beispielhaft auf den, durch Initiative der Bundesregierung auf den Weg gebrachten, Straftatbestand gegen Zwangsverheiratung, sowie auf landespolitischer Ebene auf den Antrag des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat für eine staatliche Genehmigungspflicht für Bordelle, der ein Verbot von Flatrate-Bordellen ermöglichen soll.

Die von der Bundesärztekammer verfassten Empfehlungen zum Umgang mit Patientinnen nach weiblicher Genitalverstümmelung, die durch aktuellen Beschluss der Ärztekammer im Rheinland für mehr Aufklärung und zur Bekämpfung der Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen erneut aufgegriffen wurden, seien als gesellschaftspolitischer Vorstoß hervorzuheben, der die politischen Initiativen wirksam ergänze.